

Der Gemeinderat mauert – und das Parlament sagt Ja

Thuner Velo-Initiative Nach einer denkwürdigen Debatte, in welcher die Regierung das Geschäft verschieben wollte, nimmt der Stadtrat die Thuner Veloinitiative an.

Gabriel Berger

Der Begriff «historisch» wird tendenziell zu oft verwendet. Um zu beschreiben, was sich am Donnerstagabend im Stadtratsaal ereignete, trifft er aber zu. Was ist passiert? Das Parlament behandelte die Thuner Veloinitiative. Das von SP, Grünen, GLP und EVP sowie von Pro Velo und VCS eingereichte Volksbegehren fordert die Realisierung eines 25 Kilometer langen Velo-Hauptrouthenetzes innert zehn Jahren. Sinngemäss geht es um die Frage, ob sich die Stadt ausreichend für die Bedürfnisse von Thuner Radfahrerinnen und Radfahrern einsetzt. Das Initiativkomitee findet: nein.

Der Gemeinderat hatte sich im Vorfeld gegen die Initiative ausgesprochen. Am Donnerstagabend stellte er zusätzlich das Gesuch, das Traktandum auf die Stadtratssitzung im Mai zu verschieben – weil sich bei zwei aktuellen kommunalen Veloprojekten neue Entwicklungen beim Landerwerb ergeben hätten. Die Parlamentsmitglieder wussten über dieses Ansinnen erst seit rund 24 Stunden Bescheid.

Korb von Armasuisse und BLS

Bauvorsteher Reto Schertenleib (SVP) erläuterte, dass die Stadt in den letzten zwei Wochen von der Armasuisse respektive von der BLS Post erhalten habe. Die zwei Landeigentümer hätten mitgeteilt, dass sie einerseits entlang der General-Wille-Strasse und andererseits auf der Achse Bahnhof-Selve Land nicht abgeben wollten, das gemäss Gemeinderat «massgeblich zu dem von der Initiative geforderten Streckennetz» beitragen würde. Die Rede war von 4,4 Kilometern.

«Besondere Umstände erfordern besondere Massnahmen», folgerte Schertenleib. Eine Verschiebung sei im Interesse des Parlaments, da es im Mai «in Kenntnis aller Fakten» mit einem aktualisierten Stadtratsbericht



Szene auf der Frutigenstrasse: Velos sollen in Thun zusätzliche und sicherere Routen erhalten. Foto: Patric Spahni

entscheiden könne. Die Mehrheit des Parlaments stand jedoch auf die Hinterbeine: Zunächst stellte Thomas Hiltbold (Grüne) einen Ordnungsantrag. Das Geschäft solle trotzdem heute behandelt werden, «denn die jüngsten Entwicklungen ändern nichts an der Ausgangslage und der Stossrichtung der Initiative». Sein Antrag wurde mit 30 zu 9 Stimmen angenommen.

Gemeinderat ohne Antrag

Dagegen wehrte sich wiederum Schertenleib, als er das Geschäft vorstellen sollte: «Da der Gemeinderat das Traktandum zurückgezogen hat, gibt es von meiner Seite her auch keine Auskunft und keinen Antrag mehr.» Dies brachte Adrian Christen (SP) auf die Palme: Er bezeichnete das Vorgehen der Regierung als «fei-

ge» (für die Wortwahl entschuldigte er sich später) und verlangte einen Unterbruch der Sitzung.

«Damit es mit Tempo vorwärtsgeht»

Anstelle des Gemeinderats beantragte danach Peter Aegerter (SVP), die Veloinitiative abzulehnen. Thomas Hiltbold dagegen stellte den Antrag, das Volksbegehren anzunehmen. In der Folge äusserten sich mehrere Stadtratsmitglieder auch noch inhaltlich zum Geschäft.

«Es geht darum, jetzt ein Zeichen für den Veloverkehr zu setzen», fand Angelika Zimmermann (Mitte/FDP), die jedoch auch eine Umsetzung mit Augenmass forderte. Michelle Marbach (Grüne) sagte: «Es braucht die Initiative, damit es – mit Tempo – vorwärtsgeht.» Ja, der geforderte Zeithorizont sei ambitio-

niert, aber dank des städtischen Gesamtverkehrskonzepts 2035 müsse man «nicht auf einem weissen Blatt Papier» beginnen.

Auf den letzten Punkt wies auch Nicolas Glauser (GLP/EVP/EDU) hin. Die Veloinitiative sei «plan- und umsetzbar». Und Adrian Christen bezeichnete sie als «moderat und vernünftig». Gegensteuer gab Peter Aegerter: Es müsse zwar etwas für den Veloverkehr gemacht werden, «aber wir würden hier Aufträge erteilen, bei denen eine Umsetzung innerhalb der nächsten zehn Jahre äusserst fraglich ist». Die Zeit sei zu kurz bemessen.

Zwei Drittel für Initiative

Am Ende hatte das Parlament also nicht über einen gemeinderätlichen Antrag zu befinden, sondern über jene eines grünen

und eines SVP-Parlamentarierers. Der Stadtrat hiess den Antrag Hiltbold mit 27 zu 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen gut – und nahm die Thuner Veloinitiative damit an. Eine Volksabstimmung am 9. Juni findet damit nicht statt. Thomas Hiltbold, der dem Parlament seit 2001 angehört, sagte am Rand der Sitzung, dass er die Art, wie dieses Geschäft behandelt worden sei, so noch nie erlebt habe. Historisch eben.

Gegen das stadträtliche Ja zum Volksbegehren läuft nun ab sofort noch eine 30-tägige Referendumsfrist. Peter Aegerter liess in einer ersten Reaktion offen, ob er und seine Mitstreitenden das Referendum, für das 800 Unterschriften nötig wären, ergreifen werden. Kommt es nicht zustande, liegt es im Ermessen des Gemeinderats, wann die Initiative in Kraft tritt.

Kommentar

Kein Ruhmesblatt für den Gemeinderat

Staatspolitisch war die Stadtratssitzung vom Donnerstagabend wieder einmal höchst interessant: Der Gemeinderat wollte die Behandlung der Thuner Velo-Initiative auf die nächste Sitzung Anfang Mai verschieben – auf den ersten Blick aus nachvollziehbaren Gründen.

Neue, durchaus relevante Entwicklungen in Sachen Landerwerb hatten sich ergeben. Diese erschwerten den geforderten Ausbau des Velohauptrouthenetzes zusätzlich. Und die Entwicklungen waren derart neu, dass sie noch nicht Eingang in den gemeinderätlichen Bericht zum Geschäft fanden.

Allerdings kam es in der Vergangenheit auch schon vor, dass Mitglieder des Gemeinderats neue, aktuelle Informationen zu Stadtratsgeschäften vor der Debatte mündlich vortrugen – womit eine Verschiebung eines Traktandums verhindert werden konnte. Und: Gemäss Stadtverfassung muss das Parlament Initiativen innert neun Monaten nach deren Einreichung behandeln. An der nächsten Sitzung im Mai wären es bereits zehn Monate gewesen. Nur «wichtige Gründe» lassen eine Aufweicheung dieser Regel zu. War dies hier gegeben?

Über Letzteres lässt sich sicher streiten. Die Mehrheit des Stadtrats gab ihre Antwort darauf in Form eines Ordnungsantrags, der angenommen wurde und den Weg zur Debatte freimachte. Dass sich der Gemeinderat dann etwas trotz einem eigentlichen Votum zum Inhalt der Initiative verweigerte, steht der Regierung nicht gut an. Gut möglich, dass gerade dies dem Volksbegehren im Parlament zum endgültigen Durchbruch verhalf.



Gabriel Berger
Redaktor

Stadtrat stellt sich hinter das Schulhaus-Projekt

Thun: Sanierung Schule Lerchenfeld Der Stadtrat genehmigte den Planungskredit für die Schule Lerchenfeld deutlich.

Dass es am Donnerstagabend um ein Schulthema im Thuner Stadtrat ging, war von weitem hörbar. Schülerinnen und Lehrer aus dem Lerchenfeld machten vor dem Eingang zum Rathaus mächtig Stimmung mit dem Aufruf «Mir wei ä nöii Schuel» und grünen Ballonen. Die Aktion wäre nicht nötig gewesen: Die Meinungen unter den Stadträten waren gemacht. Alle Fraktions-sprecher äusserten sich positiv. «Endlich nimmt der Zug der Schulhaussanierungen Fahrt auf», meinte Natalie Althaus für die Grünen. Und Schulkommissionspräsident Mathias Berger (SVP) rief dazu auf, ein Zeichen zu setzen. Gerade auch vor dem Hintergrund des akuten Lehrermangels. Der Planungskreditanteil über 2,15 Millionen Franken

war auch deshalb unbestritten, weil der Sanierungs- und Erweiterungsbedarf beim denkmalgeschützten Schulhaus Lerchenfeld offensichtlich schien.

Kosten geben zu reden

Allerdings gab der Ausführungskredit zu reden. So geht die Stadt derzeit von 40 bis 60 Millionen Franken aus, wobei die Kosten «in diesem frühen Stadium des Prozesses nicht genau bezifferbar sind», wie Gemeinderat Reto Schertenleib (SVP) erklärte. Die Sachkommission habe die hohen Kosten hinterfragt, meinte Adrian Christen (SP). Doch man sei zum Schluss gelangt, dass die Diskussion zu spät erfolge und in seiner Kommission nicht richtig angesiedelt sei. Alex Reymondin ergänzte im Namen der SVP-

Fraktion, dass er sich gefragt habe, wann denn der richtige Zeitpunkt sei, um anstehende Kosten genau zu beziffern. Dieser Umstand «nervte» auch Angelika Zimmermann (Fraktion FDP/Die Mitte): «Im Moment ist es zu früh und bald schon wieder zu spät, um über die Ausführungskosten zu reden.»

Zellweger stellt Antrag

Das war ein Steilpass für Stadtrat Matthias Zellweger (Parteilos), der zu einer Lehrstunde über den Ablauf eines Bauvorhabens und die mögliche Einflussnahme auf die Finanzen ansetzte. «Wenn uns das Geschäft das nächste Mal vorgelegt wird, ist es bereits so weit gediehen, dass wir nur noch Ja oder Nein sagen können. Der Einfluss des Stadtrats

ist de facto auf null gesunken.» Doch die Aufgabe, die der Stadtrat vom Souverän erhalten habe, sei eine andere. «Wir müssen früher eingebunden werden, um bei den Kosten mitreden zu können», forderte er. Er schlug vor, den Planungskredit zu genehmigen, aber dem Stadtrat mehr Kompetenzen zuzugestehen. So stellte er den Antrag, dass dem Parlament Teilschritte des Planungsprozesses früher unterbreitet würden. So wie dies auch in der Privatwirtschaft üblich sei.

«Mühe mit der Lehrstunde»

Der zellwegersche Antrag hatte allerdings einen schweren Stand: Einzig Peter Aegerter (SVP) hegte Sympathien für die Idee, doch er schlug vor, statt des Stadtrats die Sachkommission früher ein-

zubeziehen. Er äusserte Bedenken, wenn «beim Tanker, der gerade Fahrt aufnimmt» ein Zwischenschritt eingeschaltet werde, der nicht vorgesehen sei.

Auch Franz Schori (SP) bat, das anstehende Sachgeschäft nicht mit einer «Verfahrens-geschichte» zu beladen. Und Roman Gugger (Grüne) warnte vor den unklaren Konsequenzen, welche ein entsprechender Entscheid haben könnte.

Zellweger versuchte nochmals, Werbung in eigener Sache zu machen und gab zu bedenken, dass der Stadtrat dafür stehen müsse, wenn die Kosten bei diesem oder einem anderen Bauprojekt aus dem Ruder laufen würden.

Damit vermochte er nicht mehr zu punkten. Das Votum von

Thomas Hiltbold (Grüne) nahm ihm schliesslich den letzten Wind aus den Segeln. Er habe, meinte Hiltbold, «Mühe mit dieser Lehrstunde». Es sei «eine Zumutung, wenn der letzte Redner in einer Debatte alles über den Haufen» werfe. «Ich will, dass der Prozess im Lerchenfeld weitergeht», meinte er. «Und ich bin nicht bereit, Experimente auf dem Rücken dieses Geschäfts zu machen.»

Der Antrag von Matthias Zellweger wurde schliesslich mit 22 gegen 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt, und der Planungskredit einstimmig angenommen. Was von den Lehrkräften im Saal mit Applaus quittiert wurde.

Barbara Donski